Demo-Rede Werner Reh in Leipzig – 29.5.2022

"Wir brauchen den Mut, heute Entscheidungen zu treffen, die auch morgen noch vernünftig sind." Mit diesen Worten stellte die österreichische Klimaministerin letztes Jahr ihren Klimacheck der 16 großen Fernstraßenprojekte vor.

Dort steht auch: "Der Ausbau des Straßennetzes führt stets zu mehr Verkehr." Und: Der MIV soll nicht mehr ansteigen, sondern bis 2040 um 25% abnehmen.

Im Ergebnis werden drei Viertel der Projekte gestoppt oder umgeplant. Das passiert, wenn Klima- und Naturschutz zu einem echten Planungskriterium werden.

Wie aber ist die Lage in Deutschland? Fernstraßenbau ist eine krasse Fehlplanung:

- Über 1.000 Autobahn- und Bundesstraßen sollen bis 2030 neu- und ausgebaut werden. Die beruhen nicht auf einer Netzplanung sondern auf Wunschlisten der Länder und der Wirtschaft.
- Klima- und naturschonende Alternativen wurden nicht geprüft, obwohl europäisches und deutsches Recht das ausdrücklich vorschreiben. Im Gegenteil: Je teurer und überdimensionierter ein Projekt geplant wird, desto mehr Geld fließt in die Länder und die Bauindustrie der Region! Klima- und Naturzerstörung wird mit Milliarden aus dem Bundeshaushalt belohnt.
- Eigentliches Investitionsziel ist mehr Straßenverkehr, höhere Geschwindigkeit, weitere Entfernungen, nicht mehr Mobilität.
- Dadurch wird der CO2-Ausstoß erhöht, das Artensterben beschleunigt und täglich eine Fläche von 4 Fußballfeldern zusätzlich versiegelt.

Die A 20 setzt diese Strategie konsequent um:

- Auf fast 200 km Länge werden Moore und Marschböden überbaut, unsere besten CO2-Speicher. Dafür sollen 7 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt fließen, doppelt so viel ursprünglich behauptet.
- 90.000 Tonnen CO2 werden durch Bau und Betrieb der A 20 jedes Jahr zusätzlich ausgestoßen. Und da ist die Zerstörung natürlicher Treibhausgassenken noch gar nicht mitgerechnet.
- Verkehrspolitisch ist die A 20 völlig kontraproduktiv. Sie schadet den deutschen Seehäfen, entlastet Hamburg nicht. Selbst die alten Prognosen von 19.000 Kfz/Tag rechtfertigen keine Autobahn.

Was fordern wir von der Bundesregierung?

 Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte über Ziele und Kriterien zukunftsfähiger Mobilität

- Wir brauchen einen Klima- und Biodiversitätscheck aller großen Straßenprojekte. Der muss die Emissionen durch den Bau und die Eingriffe in natürliche Treibhausgassenken einschließen.
 - Bis dahin müssen Planung und Bau neuer Strecken gestoppt werden.
 Nach dem Motto "Erhalt statt Neubau" sollten alle Mittel in die Sanierung der 4.000 maroden Autobahnbrücken gesteckt werden.
- Wir brauchen einen neuen Bundesmobilitätsplan noch in dieser Legislatur.

Was fordern wir vom BVerwG?

- Wenden Sie strikt die Vorgaben des Klimaurteils des BVerfG 2021 an!
- Wenden Sie endlich Europäisches und deutsches Umweltrecht an: Setzen Sie die Prüfung und den Vorrang umweltschonender Alternativen durch.
- Hören Sie auf unabhängige Wissenschaftler*innen statt auf Gutachter, die von Straßenbauaufträgen abhängig sind.
- Setzen Sie ein Zeichen für zukunftsfähige Mobilitätsplanung und beerdigen sie den fossilen Planungs-Dino A 20.